

Entwurf

Zur Wohnsituation der ausländischen Arbeitnehmer

Durch die dramatischen Ereignisse um den Kettenhofweg 51 im Westend ist die katastrophale Wohnungsnot in Frankfurt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen.

Von dieser Wohnungsnot sind insbesondere ausländische Arbeitnehmer betroffen. In überbelegten Häusern müssen Tausende von ihnen dicht gedrängt zusammenleben. Einer Familie steht oft nur ein einziger Raum zur Verfügung. Der Hessische Sozialminister Bielefeld z.B. kommentierte die Situation in dem von türkischen Familien bewohnten Haus Westendstr. 60 mit den Worten: "...und das in der Bundesrepublik - wir müssen uns schämen". Oberbürgermeister Arndt erklärte: "4000 Familien wohnen so und schlechter" (siehe Frankfurter Rundschau vom 22.3.1973).

Die Menschen brauchen nichts dringender als Wohnungen. Und doch läßt es die Stadt zu, daß massenweise Wohnungen vernichtet werden.

Haus-und Grundstücksbesitzer geben große Häuser mit viel Wohnraum bewußt dem Verfall preis, lassen sie schließlich abreißen und durch neue Häuser ersetzen mit Appartements, die schon für den weitaus größten Teil der deutschen Bevölkerung und erst recht natürlich für die ausländischen Arbeitnehmer, völlig unerschwinglich sind. Oder sie verkaufen die Grundstücke für horrenden Summen an Firmen, Banken, Versicherung etc., damit diese auf ihnen riesige Bürokomplexe errichten können.

Das Gewinnstreben von einigen wenigen ohnehin schon Reichen hat Vorrang vor dem Wohl von Tausenden von Menschen, Männern, Frauen und Kindern, die nicht wissen, wo sie wohnen sollen. Das ist Unrecht !

Gesetze, die es zulassen, daß sich eine Minderheit zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen bereichern kann, müssen schnellstens geändert werden!

Verantwortlich für den Inhalt: Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und.....